

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Daresalam
16. Okt. 1907.
Ersteinst
Witthochs
u. Sonntabend

Abonnementspreis
Für Daresalam halbjährlich 6 Rupien, für die übrigen Teile der Kolonie halbjährlich einischl. Porto 7 Rupien, für Deutschland und die anderen deutschen Staaten halbjährlich einischl. Porto 11 direkt von der Hauptredaktion Daresalam bezogen 9 Mark, 1) von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. bezogen 8 Mark, für die übrigen Länder des Weltverkehrs einischl. Porto jährlich 16 Rupien oder 20 Mark oder 1 £.
Im Interesse einer pünktlichen Expedition wird möglichst mit Vorauszahlung der Bezugsgebühren gebeten. Wird ein Abonnement nicht abbestellt, gilt dasselbe bis zum Eintreffen der Abbestellung als stillschweigend erneuert.

Insertionsgebühren
Für die eingepollte Beilage 50 Riemlin. Mindestlich für ein einmattes Anzeigen 2 Rupien oder 3 Mark. Für Sammlenachrichten sowie größere Insertionen aufträge teils eine entsprechende Preisermäßigung ein.
Die Annahme von Insertionen- und Abonnementaufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptredaktion in Daresalam wie bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 1904 Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postanstalten Deutschlands und Österreich-Ungarns angenommen. Postgebühren Teils 81. Telegramm-Adresse für Daresalam: Zeitung Daresalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Droefler Berlin Alexanderstr.

Jahr-
gang IX.
No. 59.

Von ungelösten Fragen.

In der Frühe des letzten Sonntag hat der 2 1/2 monatige Aufenthalt des Kolonialstaatssekretärs in unserer Kolonie seinen Abschluß gefunden. Er befindet sich auf dem Wege nach Europa zum Königsplatz. Die Diner-Neben werden den Kampfreden weichen.
Was für Urteile er sich hinsichtlich vieler mit dem Gedeihen der Kolonie unlöslich verbundener Fragen gebildet hat? Ignoramus! Er hat des öftern wohl die Wichtigkeit dieser oder jener Angelegenheit hervorgehoben. In welcher Weise er aber infolgedessen sein Stellungnahme einrichten wird? Das wissen wir nicht.

Dem die Bearbeitung und Fixierung derselben wird ja erst gemeinschaftlich, mit dem Anfang November nach Europa abreisenden Herrn v. Nechenberg in Berlin geschehen.

Nur die Bahnfrage hat er mit klarem, befriedigendem Bescheide erledigt. Seine entscheidungsgleichen Ansichten nach dieser Richtung liegen streng im Bereich des Greifbaren und Praktischen. Selbst Stimmen von Leuten, die in der Südbahnsphäre ihre Interessen haben, geben ihrer Zustimmung Ausdruck für eine eventuelle Zweiglinie der Daresalam-Tabora-Bahn zum Nyassa-See.

Aber wie das zweit- und gleichwichtige Problem der Eingeborenen- also Arbeiterfrage von Herrn Dernburg behandelt und in welcher Form es von ihm verfochten werden wird, das weiß man nicht. Und dieses Nichtwissen allein schon, dieses Fehlen jeder positiven Angleichung während seines Besuches bei uns, macht besorgt — wenn dies auch vielleicht nur eine aus völliger Ungewißheit resultierende Besorgnis ist.

Er hat Besserung versprochen, ja! Es kommt aber doch vor allem darauf an, wie er sich diese Besserung denkt.

Die Prügellordnung — oder besser Prügel verbotsordnung — welche Herr Dernburg am 13. Juli d. Js. in Berlin unterzeichnet, muß fallen. Durch sie wird der Willkür Tor und Tür geöffnet. Sie rüttelt an dem für die Wohlfahrt des Landes und der Weisheit unerlässlichen Autorität.

Schon jetzt spürt man die Folgen dieser ungelassenen Verfügung. Eingeborenenrichter ducken sich hinter den Schild der neuen Protokolle. Sie machen Ausflüchte aus Furcht vor der seidenen Schnur, die für sie zwischen den Paragraphen liegt, und die Folge ist: Richter und Europäer schluden ohnmächtig an dem Empörungsgedühl der vergebens nach Sühne heischenden Gerechtigkeit und — alles in allen zusammengesetzt — der Ungerechtigkeit ist Genüge geschehen.

Man soll es doch ja ernst nehmen, wenn man Europäer, die bereits über ein Dezennium hier arbeiten, äußern hört, ohne Anfechtung der Autorität können wir nichts machen! oder: Wenn das so weiter geht, liquidieren wir und überlassen es den Superklugen, an ihrem eigenen Leibe die Genialität ihrer Verordnungen zu spüren.

Unfasslich wirkt die Begründung für diese Verordnung. Es sollen dadurch Ausschreitungen bei der körperlichen Züchtigung — wohlgerneamt amtlichen körperlichen Züchtigung der Eingeborenen verhütet werden.

Da wäre denn doch mal an den Vertreter des Reichskolonialamtes die Frage zu richten, ob er auch nur den Schatten eines Beweises dafür nachweisen kann, daß jemals eine Ausschreitung vorgekommen ist. Daß jemals selbst die Ausschreitung dem Strafeempfangenden geschadet hat. — Ob er auch nur eine Ahnung davon hat, daß diejenigen Arten von Ausschreitungen, durch welche der Schwarze viel schlimmer als durch Prügel gestraft werden kann, ganz anderer Natur sind. Davon weiß er nichts. Braucht auch nichts davon zu wissen. Und zum Ende gehörten diese auch einer früheren Periode an.

Es wurde gesagt, daß die Europäer jetzt nicht im Traume daran denken werden, die ohnmächtige Hilfe der Eingeborenengerichtsbarkeit in Anspruch zu nehmen. Im Interesse der Gerechtigkeit werden sie selbst die notwendigen Strafen erteilen — ohne in praxi darin gehindert werden zu können.

Und hierbei soll einer ebenso weitverbreiteten wie irrigen Ansicht entgegengetreten werden, welche annimmt, der Europäer verrohe hier, vergraue hier und überschreite sein Züchtigungsrecht — soweit ihm dasselbe teilweise zusteht.

Ein größerer Irrtum ist wohl selten so dauernd bestehen geblieben. Denn ganz im Gegenteil wird allgemein beobachtet, daß der Europäer sich meistens erst nach vielfachen Bemahnungen des schuldigen Schwargen dazu entschließt, denselben zu züchtigen. Ob nun aus Indolenz oder tausend anderen durch die Tropen bedingten Gründen, sei gleichgültig.

Nein, wenn dem Europäer ein Vorwurf gemacht werden kann, so liegt derselbe nur darin, daß er vielfach Strafe heischende Vergehen seiner schwarzen Arbeiter ungeahndet läßt. So schaut das wahre Gesicht der Angelegenheit aus.

Die Behauptung erscheint zweifellos richtig, daß ein nur 2 1/2 monatiger Aufenthalt in der Kolonie es nur ermöglichen kann, sich ein Urteil zu bilden aus der Anhörung der hier Anfässigen, aber niemals aus eigener Anschauung.

Und welche Worte sind zur Arbeiterfrage neu und hoffnungserweckend gewesen? „Es wird das Mögliche gethan werden, es soll geholfen werden, soweit es thunlich — aber im übrigen „dem Kirschbaum muß man Zeit lassen ehe er blüht und Früchte trägt, die erst reifen müssen, ehe sie abfallen.“ Ein unverbindlicher Wechsel auf die vage Zukunft, die man auf Suaheli „labda badoo!“ nennt.

Und sonderbar! Neben ungezählten anderen Vorschlägen in der Arbeiterfrage tritt man seit Olms Zeiten im Norden unserer Kolonie für Paßzwang, Paßkarten, Mittel gegen Abspenstigmachen von Arbeitern ein. Ohne irgend welchen Erfolg.

Und soeben liest man die Verordnung des Unterstaatssekretärs v. Lindequist, welche, datiert vom 18. August 07, für Deutsch-Südwestafrika alle diese Paragraphen zum Gesetz erhebt. (vgl. Beilage d. Ztg.) Wir haben dem nichts hinzuzusetzen.

Man möchte aber wünschen, daß der wirtschaftliche Landesverband von Deutschostafrika, welchen Herr v. St. Paul wünscht, also ein Zusammenschluß sämtlicher bestehender und vorzuleistender bald zu schaffender wirtschaftlicher Einzelverbände, Thatsache werden wird, als bestes und einziges Nachmittels zur möglichst wirksamen Vertretung aller großen allgemeinen Interessen der wirtschaftlichen Unternehmungen der ganzen Kolonie. Dieser Gedanke ist einfach, groß und — einzig. Der aus ihm zu erwartende Nutzen ist zum allergrößten Teile so verständlich, daß man sich eine Kritik des Drum und Dran im allgemeinen Interesse ersparen muß.

Es getraut sich eben Niemand an die Besiedlungsfrage in unserer Kolonie heran.

Mit dem Problem der Ansiedlung von deutschen Familien in den gesunden Gegenden unserer Kolonie hat man sich hin und wieder beschäftigt.

Die uns anerzogene Pfennigsuckerei hat uns hier, hat allen hier — ohne jede Ausnahme — den Blick für das Große getrübt. Man strengt sich vielleicht hier und da mal den Scharffinn an, um sich die eine Familie vorzustellen, die angesiedelt, vom tüchtigen Schicksal des Ernährers und seiner Arbeitskraft beraubt, im Urwald stirbt und verdirbt. Und kommt zum Schluß: Es geht nicht.

Zu diesem Kapitel wird uns aus bekannter Feder mit großem Freimuth und auch einer ehrlichen Ueberzeugung, welche auf Wahrheit aufgebaut ist, u. a. geschrieben:

Die Idee, in Deutschostafrika in kürzerer Zeit mehrere tausend deutsche Familien anzusiedeln, ist durchaus keine lächerliche Utopie, wenn sich nur unsere maßgebenden Kreise aus ihrer lethargie aufrufen und dem Mutterlande zu wirklichem, dauerndem Nutzen ist. Bis her hatte man einen Großteil des für koloniale Zwecke verwendeten Geldes in erst chinesischer Art für das Marinespielzeug Ruantschou verwendet, obgleich unser Handel mit China ohne dasselbe wol ebenso umfangreich wäre. Es ist unbedingt notwendig, daß man einmal in kolonialen Dingen klar sehen lernt, und daß man den Sonderinteressen, welchen bis her so große Opfer gebracht wurden, energisch begegnet. Um in Deutschostafrika eine Ansiedlung im Großen durchzuführen, müssen endlich vom Staate die notwendigen Vorbereitungen dazu getroffen werden, es genügt nicht,

daß man die Hände in den Schoß legt und wartet, bis die Ansiedler kommen. Die afrikanische Natur ist viel zu wild und fremdartig, als daß sich der Ansiedler im Allgemeinen ohne Schwierigkeiten hineinfinden würde, es fehlt an Verkehrswegen, damit der Ansiedler leicht und ungefährdet in sein neues Heim gelangen, die notwendigen Gebrauchsgegenstände einführen und seine Erzeugnisse zur Küste bringen kann, an Absatzmöglichkeiten, an Anschluß und Schutz. Was für den Einzelnen schwierig, ja auch unmöglich ist, wird für die Masse durch Staatshilfe ein leichtes sein. Boden und Klima sind in den meisten Hochländern vorzüglich geeignet, und die Möglichkeit, eine Reihe sehr absetzfähiger Produkte zu erzeugen, wird dem Ansiedler sein gutes Fortkommen sichern. Erste Bedingung ist dabei der Bau der für die Hauptansiedlungsgebiete notwendigen Bahnen, nämlich der Fortsetzung der Usambarabahn und der Bahn von Daresalam nach Morogoro über Kilossa zum Nyassa-See. Letztere Bahn, welche die großen Ansiedlungsgebiete von Uhehe und der Nyassaländer berühren wird, wird auch sehr rentabel sein, da sie außer den für die Bahn später sehr leistungsfähigen Hochländern auch wertvolle Tiefländer für Baumwollkultur etc. erschließt und den Transitverkehr von den westlich des Nyassa- und Tanganjikasees gelegenen Gebieten ermöglicht. Diese Bahn ist unter allen Umständen der Central- und Südbahn vorzuziehen. Die beiden Bahnen in die Siedlungsgebiete sind natürlich nicht in dem bisher üblichen Schnecken-tempo zu bauen, es könnte die Bahn zum Kilimandscharo ganz gut in 2, die Bahn von Morogoro zum Nyassa in 4 Jahren gebaut werden. Beim Fortschreiten in das Innere dürften ja auch die notwendigen Arbeiter leichter zu beschaffen sein, ohne die Plantagen zu schädigen. Während des Bahnbauens sind selbstverständlich schon die notwendigen Vorbereitungen für die eigentliche Besiedlung zu treffen.

Vorerst muß ein Ansiedlungskommissär als Leiter der ganzen Besiedlung (eventuell auch mehrere für jedes für sich geschlossene Gebiet) ernannt werden. Ungemein viel kommt hier auf die Wahl der geeigneten Persönlichkeit an, von ihr hängt nicht zum geringsten Teile das Gelingen des ganzen Ansiedlungswerkes ab. Die Ansiedler wären natürlich nicht einzeln, wo ihnen eine unbekante Natur und die Gefahren der Wildnis entgegenstehen, sondern in größeren Gruppen unter Leitung geeigneter staatlich angestellter Personen anzusiedeln, diese Gruppen können später zu Gemeinden ausgebildet werden. Gute Vorbilder hierzu sind in den südbrafitanischen deutschen Kolonien (sowol Regierungs- wie Privatkolonien) vorhanden. Ebenso, ja noch besser als diese Kolonien können die Ansiedlungen in den fruchtbaren Hochländern Deutschostafrikas gedeihen, da hier dem Ansiedler die schwere Arbeit der Urwaldrodung meist erspart bleibt, und der Boden mannigfaltigere und einträglichere Produkte hervorbringt.

Landwirtschaftliche Versuchstationen oder Regierungsfarmen hätten die für die Ansiedler geeigneten Erzeugnisse zu bestimmen, für Saatmaterial und Vieh zu sorgen, Wirtschaftsinspektoren müßten den Ansiedlern bei der Anlegung der Kulturen an die Hand gehen. Für den Absatz der Erzeugnisse wären geeignete Organismen, Aufkaufmärkte zu schaffen, durch Zollbefreiungen und Propaganda für den Absatz im Mutterlande zu sorgen. Um die Ansiedlung möglichst in Fluß zu bringen, was natürlich erst dann der Fall ist, wenn man auch weniger bemittelten Leuten eine solche ermöglicht, wären die Ansiedler möglichst durch freie Ueberfahrt, Ansiedlungsbeiträge, Vorschüsse etc. zu unterstützen, auch durch eine vernünftige Propaganda wäre die Besiedlung zu fördern. Zwei Millionen Mark für Ansiedlungszwecke in Deutsch-Ostafrika wäre nicht zu viel, jedenfalls würden sie einen weit größeren Nutzen bringen, wie die zwölf Millionen für Ruantschou.

Ebenso wie die Kleinsiedlung in den fruchtbaren Hochländern, wäre die Ansiedlung von Großfarmern, ähnlich wie in Südwestafrika, in den hochgelegenen nur für Viehzucht geeigneten Steppen anzubahnen. Neben der Rindviehzucht wäre auch die Zucht von Wollschafen und Angoraziegen zu fördern. Genügend einheimisches Vieh zur Veredelung wäre ja vorhanden. Die Länder westlich des Viktoria-sees, in den Bezirken Bukoba und Usumbura wären durch ihr gesundes Klima und ihre Fruchtbarkeit besonders für deutsche Ansiedler geeignet, doch haben sie leider für die Besiedlung eine zu dichte einheimische Bevölkerung. Wäre es da nicht möglich, was ja auch ähnlich